

Datenschutzrechtliche Hinweise Einbürgerung

1. Verantwortlicher

Verantwortlich für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten ist Ihre Einbürgerungsbehörde:

Kreis Warendorf – Der Landrat, Amt für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr - Einbürgerungen-, Waldenburger Straße 2, 48231 Warendorf

E-Mail: einbuengerung@kreis-warendorf.de

2. Datenschutzbeauftragte

Die behördliche Datenschutzbeauftragte können Sie unter folgenden Kontaktdaten erreichen:

Jessica Wozniak, Telefon-Nr.: 02581/53 3002, E-Mail: jessica.wozniak@kreis-warendorf.de

3. Zweck und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten, soweit dies zur Durchführung Ihres Antrages auf Einbürgerung erforderlich ist. Da Ihr Antrag mit entsprechenden Nachweisen und Angaben von Ihnen zu belegen ist, verarbeiten wir Ihre Daten, um den Antrag zur Ausstellung eines Staatsangehörigkeitsnachweises gerecht zu werden. Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten basiert auf Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c DS-GVO in Verbindung mit § 3 Absatz 1 DSG NRW und dem StAG.

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der Daten

Ihre Daten werden ausschließlich im Rahmen datenschutzrechtlicher Zulässigkeiten insbesondere an folgende Stellen weitergegeben bzw. befinden sich mit diesen Stellen im Rahmen der Sachbearbeitung im Datenaustausch:

- Ausländerzentralregister
- Ausländerbehörden
- Bundesverwaltungsamt
- Verfassungsschutzbehörden
- Statistisches Bundesamt
- Meldebehörde
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)
- Auslandsvertretungen

Die Datenweitergabe erfolgt, um die behördlichen Aufgaben zur Bearbeitung der Antragstellung wahrzunehmen.

Datenübermittlung an Drittstaaten:

Die von der Einbürgerungsbehörde erhobenen personenbezogenen Daten werden nicht direkt an Drittstaaten übermittelt. Die Kommunikation mit Drittstaaten erfolgt über die zentralen Ausländerbehörden der Länder. In seltenen Fällen auch über die jeweilige Auslandsvertretung.

5. Dauer der Datenspeicherung

Ihre Daten werden nach der Erhebung so lange gespeichert, wie dies nach Wegfall des Verarbeitungszwecks unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen erforderlich ist. Die Aufbewahrungsfrist beträgt bei rechtskräftig abgeschlossenen Einbürgerungsverfahren 30 Jahre.

6. Ihre Rechte

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:

Auskunftsrecht:

Sie können Auskunft darüber verlangen, ob wir personenbezogene Daten von Ihnen verarbeiten. Ist dies der Fall, so haben Sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten sowie auf weitere mit der Verarbeitung zusammenhängende Informationen (Artikel 15 DS-GVO). Bitte beachten Sie, dass dieses Auskunftsrecht in bestimmten Fällen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein kann (§ 48 Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen).

Recht auf Datenberichtigung:

Für den Fall, dass personenbezogene Daten über Sie nicht (mehr) zutreffend oder unvollständig sind, können Sie eine Berichtigung und gegebenenfalls Vervollständigung dieser Daten verlangen (Artikel 16 DS-GVO).

Recht auf Löschung, Recht auf Einschränkung:

Bei Vorliegen gesetzlichen Voraussetzungen können Sie die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten (Artikel 17 DS-GVO) oder die Einschränkung der Verarbeitung dieser Daten (Artikel 18 DS-GVO) verlangen. Das Recht auf Löschung nach Artikel 17 Absatz 1 und 2 DS-GVO besteht jedoch unter anderem dann nicht, wenn die Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich ist zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentliche Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt.

Widerspruchsrecht:

Sie können gegen bestimmte Datenverarbeitungen widersprechen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, oder keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Artikel 21 DS-GVO).

7. Widerrufsrecht bei Einwilligung zur Datenverarbeitung

Sie haben das Recht, Ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Der Widerruf wirkt erst für die Zukunft; das heißt, durch den Widerruf wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitungen nicht berührt.

8. Beschwerderecht

Sie haben das Recht, sich bei einer Aufsichtsbehörde im Sinn des Artikels 51 DS-GVO über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu beschweren, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden. Die Kontaktdaten der Aufsichtsbehörde lauten:

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Nordrhein-Westfalen
Postfach 20 04 44, 40102 Düsseldorf
E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de